



Innere Sicherheit

Innere Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates

Der Schutz der Bürger ist verfassungsmäßige Verpflichtung und Kernaufgabe staatlichen Handelns. Die **WerteUnion** wird den Verfassungsauftrag konsequent umsetzen und nachdrücklich alle Formen der Kriminalität, Extremismus, Terrorismus, Islamismus und Antisemitismus wirksam bekämpfen.

Zersplitterung im Sicherheitsbereich beseitigen

Die Zersplitterung polizeilicher Zuständigkeiten auf Bund, Länder und Kommunen und die damit einhergehenden rechtlichen und bürokratischen Hemmnisse bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit sind zu beseitigen. Wirklichkeitsfremde Bürokratie- und Datenschutzvorschriften sowie Zusammenarbeitshindernisse, die den Rechtsstaat und die Sicherheit der Bürger schwächen, werden abgeschafft.

Organisierte Kriminalität, Korruption und Terrorismus bekämpfen

Die Bekämpfung organisierter und schwerer Kriminalität sowie Korruption ist eine herausragende sicherheitspolitische Aufgabe. Die illegalen Aktivitäten sind häufig mit legalen Strukturen und dem internationalen Terrorismus vernetzt. Die Sicherheitsbehörden benötigen schlagkräftige Befugnisse, um diesen Verbrechen die Handlungsmöglichkeiten zu nehmen. Verbrecherisch erlangtes Vermögen ist dauerhaft einzuziehen.

Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes beenden

Die Aufgaben des Verfassungsschutzes dienen dem Schutz der freiheitlichen und wehrhaften Demokratie. Die Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes ist eine der sichtbarsten Fehlentwicklungen politisch motivierten Handelns. Er darf nicht mehr länger von Bundesregierung und Landesregierungen als Regierungsschutz gegen die Bürger missbraucht werden. Der Verfassungsschutz in Bund und Ländern muss vor diesem Hintergrund grundlegend neugedacht werden.

Der politische Islam hat keinen Platz in Deutschland

Der politische Islam ist gegen die Werteordnung des Grundgesetzes gerichtet und gehört nicht zu Deutschland. Moscheevereine und -verbände, die gegen die Werteordnung des Grundgesetzes agieren, werden verboten, ihre Imame – sofern sie nicht deutsche Staatsangehörige sind – ausgewiesen und ihr Vermögen wird eingezogen.

Justiz für heutige Herausforderungen befähigen

Die Justiz ist für die heutigen hochkomplexen Anforderungen, die sich insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Cyberkriminalität zeigen, zu befähigen. Der hohe Anteil von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund an der Gewaltkriminalität spiegelt die mangelnde Integration in die deutsche Gesellschaft wider. Bei der Strafzumessung ist auch aus generalpräventiven Gründen die Ablehnung der deutschen Gesellschaft zu berücksichtigen.

Strafmündigkeitsalter absenken

Kinder und Jugendliche sind in steigendem Maße am Kriminalitätsgeschehen beteiligt. Zur Stärkung des Rechtsbewusstseins spricht sich die **WerteUnion** für die Absenkung des Strafmündigkeitsalters auf 12 Jahre aus. Das Erwachsenenstrafrecht ist ab 18 Jahren anzuwenden.

Kontakt

WerteUnion
8. Etage
Linkstraße 2 (Potsdamer Platz)
10785 Berlin
eMail: post@werteunion.de

www.werteunion.de



Innere Sicherheit
& Migration





Migration

Ideologisierte Migrationspolitik beenden

Deutschlands Migrationspolitik ist ideologiegetrieben und in Teilen rechtswidrig. Wir werden die ideologisch motivierten Reformen des Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsgesetzes rückgängig machen und die rechtswidrige Inanspruchnahme des Asylrechts umgehend beenden.

Dem Asylrecht Geltung verschaffen

Asylgesuche an deutschen Staatsgrenzen sind wegen der Drittstaatenregelung nicht anzunehmen. Asylsuchenden, die über sichere Drittstaaten kommen, ist die Einreise nach Deutschland zu verweigern. Die **WerteUnion** will das Asylverfahren kostenpflichtig machen. Wer Ausländer einschleust, soll für die Dauer des Aufenthaltes bis zur Ausreise die Kosten für Unterhalt, Versorgung und Asylverfahren tragen.

Unberechtigte Asylanträge ablehnen

Asylanträge sind abzulehnen, wenn über die Identität oder das Alter falsche Angaben gemacht worden sind, der Asylsuchende in einem Nachbarstaat des Heimatstaates Schutz vor Verfolgung hätte beantragen können, er die Fluchtgründe selbst geschaffen hat oder die freiheitliche demokratische Grundordnung Deutschlands oder das deutsche Volk ablehnt.

Pullfaktoren beenden

Asylsuchenden sollen nur Sachleistungen gewährt werden. Bargeldleistungen sind mit Ausnahme eines Minimums an Taschengeld nicht zu gewähren. Die **WerteUnion** will alle Asylbewerber und ausreisepflichtige Ausländer dazu verpflichten, spätestens drei Monate nach Aufnahme des Asylverfahrens durch Erwerbstätigkeit selbst für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

Familiennachzug begrenzen

Der Familiennachzug darf nur zu rechtskräftig anerkannten Asylberechtigten gestattet werden und ist auf den Ehepartner und die eigenen minderjährigen Kinder zu beschränken. Der Asylbewerber hat den Lebensunterhalt seiner nachziehenden Familie zu sichern. Nachgezogene Familienmitglieder im erwerbsfähigen Alter müssen für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen.

Aufenthaltsgesetz konsequent anwenden

Die politische Betätigung von Ausländern ist, wenn sie den Interessen Deutschlands zuwiderläuft, zu untersagen. Die **WerteUnion** fordert, dass die Durchführung von Versammlungen, auf denen verfassungsfeindliche Forderungen nach einem Kalifat oder der Scharia erhoben werden, strafbar ist und dass das öffentliche Zeigen ausländischer Flaggen und Hoheitssymbole verboten werden kann.

Abschiebung durchsetzen

Die freiwillige Ausreise hat Vorrang vor der Abschiebung. Die Abschiebung von illegal Eingereisten hat ohne Vorankündigung zu erfolgen. Ausländer, die sich ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland aufhalten, sind grundsätzlich in Abschiebungshaft zu nehmen. Die Kosten für die Abschiebung tragen der Ausreisepflichtige oder seine Bürgen.

Beendigung der Asylindustrie

Durch falsche Migrationspolitik ist in Europa eine Asylindustrie entstanden. Die **WerteUnion** wird das Geschäft mit der Migration beenden. Schleuserorganisationen sind zu zerschlagen und zu verbieten, ihr Vermögen ist einzuziehen. Steuergelder dürfen nicht an Organisationen gezahlt werden, welche die Asylmigration fördern.

Staatsangehörigkeit zu klaren Bedingungen

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht an Personen verliehen werden, die sich nicht integriert haben. Die doppelte oder mehrfache Staatsangehörigkeit wird auf EU-Staatsangehörige beschränkt. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland im Fall ausländischer Eltern (ius soli) wird abgeschafft.

Unterstützen Sie uns!

www.werteunion.de/spenden



Jetzt mehr erfahren! www.werteunion.de/parteiprogramm